

Somali findet Zuflucht im Beverstedter Kirchenasyl

19-Jähriger sollte gestern Nacht abgeschoben werden – Antrag auf Asyl ist abgelehnt worden – Hager Initiative kümmert sich

HAGEN. Hagen Abdirisaaq Ahmed Muhamed – genannt Abdi – ist 19 Jahre alt, stammt aus Somalia und lebt seit einem knappen Jahr in Hagen. Gestern Nacht sollte Abdi abgeschoben werden – zurück nach Malta, das von somalischen Flüchtlingen überschwert ist. Jetzt bekommt er Kirchenasyl in Beverstedt.

Abdi hat in seiner somalischen Heimat, in der Bürgerkriege toben und Hungersnot herrscht, Furchtbares erlebt. Sein Vater und sechs seiner Geschwister starben vor seinen Augen bei einem Raketenangriff. Als 14-Jähriger wurde er in ein Lager verschleppt, wo er als Kindersoldat

ausgebildet werden sollte. Ihm gelang ihm die Flucht nach Malta. Nach neun Monaten im Gefängnis dort, in Malta erhielt Abdi die Erlaubnis, nach Schweden zu fliegen. Dort wollte man ihn aber nicht aufnehmen. „Da bin ich nach Deutschland geflüchtet“, sagt Abdi.

Wolfgang Steen von der Hager Flüchtlingsinitiative beauftragte eine Rechtsanwältin – und war überzeugt, dass Abdi nun in Sicherheit sei. Abdi nahm an einem Deutschkurs, der von Spenden der Flüchtlingsinitiative Hagen finanziert wird und leistete an seinen schulfreien Tagen gemeinnützige Arbeit auf der Papa-

geienstation Hoop. Am vergangenen Mittwoch erreichte ihn ein Schreiben des Ordnungsamtes vom Landkreis Cuxhaven, in dem die Abschiebung angekündigt wurde. Wegen der traumatisierenden Erlebnisse wird Abdi von einem Bremerhavener Nervenfacharzt betreut.

Margrit Reinhardt und Sarah Jürgens von der Papageienstation Hoop versuchten Tag und Nacht, die drohende Abschiebung abzuwenden. Sie informierten Landrat Kai-Uwe Bielefeld und verfassten ein Petitionsschreiben an den Deutschen Bundestag. Darüber hinaus baten sie die Beverstedter Pastorin Christa



Abdi Ahmed Muhamed hat sich jetzt ins Kirchenasyl nach Beverstedt geflüchtet. Foto kkö

Naatjes-Schröder für den Notfall um Kirchenasyl.

Es stellte sich heraus, dass der Asylantrag bereits im März vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als unzulässig beschieden und die Abschiebung angeordnet worden war. Von diesem Schreiben hatten weder Abdi noch die Initiative noch die Rechtsanwältin Kenntnis. Die Anwältin stellte kurzfristig einen Rechtsschutzantrag an das Verwaltungsgericht Stade. Dieser Antrag wurde gestern Abend, wenige Stunden vor der geplanten Abschiebung, ohne Begründung abgelehnt. Die Rechtsanwältin wird nun Einspruch einlegen. (kkö)